

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 A., vierteljährlich 1.50 A.
primum, frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 A.

„Die Neue Welt“
(Anzeigenschein), durch
die Post nicht beziehbar, kostet
monatlich 10 A., vierteljährlich 30 A.

Volksblatt

Insertionsgebühren
betragen für die Spalten
Beitragende oder deren Name
15 A. für Wohnungs-,
Verkehrs- und Veranlagungs-
angelegenheiten 10 A.
Für reaktionellen Theil
kostet die Zeile 50 A.

Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens die
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7501.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr. 86

Halle a. S., Donnerstag, den 14. April 1898

9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

14. April. Der von den badischen Aufständischen erwartete große Zug nach in Südost ausgebrochen. Die Schaar zählte, als man die Ort verließ, etwa 400 Köpfe, beim Einrücken in Engen etwa 800. Die Schaar bestand aus den besten preussischen Rekruten, die militärisch zu organisieren versuchte. Auch zwei kleine Bataillone hatte man sich zu verschaffen gewünscht. Inzwischen kam ein Teil der Konstanzer Bürgerwehr unter Führung des früheren badischen Leutnants Sigel nachgeritten. Hier in Engen kam auch zum ersten Male der Kampf zu Boden, um hier zu entscheiden, ob die von Preußen aus in Baden deutschen Arbeiter organisierte demokratische Bewegung an ihrem Entschluß festhielt und sich mit dem badischen Zug vereinigen wollte. Oder lehnte jedoch ab, weil die badische Bevölkerung von dem Einmarsch dieser Legion nichts wissen wollte und gegen sie sich zu wehren suchte. Die preussische Regierung genehmigte die vom General Willmann mit den Polen geschlossene Lebensversicherung. Die Diktate sind überwiegend deutscher Geduldigung, sollten jedoch abgelehnt werden und dem deutschen Bunde betreten, gegen welche Absicht wieder die Polen protestierten. Die geschlossene Konvention soll von den Polen nicht loyal gehalten worden, die Lager nicht verlassen geräumt worden sein. Auch soll dies letztere nicht nur über den deutschen sein, während in Wirklichkeit die Aufständischen nicht in die Heimat zurückzogen, sondern sich in benachbarten Orten einquartierten.

Der spanisch-amerikanische Konflikt.

Das Kriegsgewitter, dessen Ausbruch man, gerade wie im vorigen Jahre, für die Osterfesttage befürchtete, hat sich wieder etwas verzogen und die Ausfühler sind heute weit friedlicher wie in der vorigen Woche. Selbst die wiederholte Politik des Präsidenten Alcazar, die in der letzten Woche immer wieder wiederholten worden ist, und die von Montag an den beiden Häusern des Kongresses überreicht wurde, hat die von der für die friedliche Wirkung nicht ausbleibt; man darf vielmehr annehmen, daß sie dazu beitragen werde, die Friedenspartei zu kräftigen oder wenigstens die Verschärfung abzumildern zu veranlassen, so daß die friedlichen Erregungen und Empfindungen ein weites Feld bekommen, um sich auszubreiten. Es ist bis offenbar dem Präsidenten zu wünschen, der sich auch jetzt wieder als eine wertvolle Stütze des Friedens erweisen hat. Die Politik des Präsidenten beginnt mit einer eingehenden Bezugnahme auf die früheren kubanischen Aufstände und die beherrschenden Urkunden auf der Insel, welche für das amerikanische Vorgehen gegen die spanische Kolonie in der Folge haben und beständige Erregungen und Empfindungen bei den amerikanischen Bürgern erzeugen, sowie die Regierung zu bedeutenden Ausgaben nötigen, um die Neutralitätsgesetze zur Durchführung zu bringen. Die Mäßigung und Langsamkeit des Vorgesetzten Staaten ließe es endlich auf die Probe gestellt worden, daß geschätzte Urkunden unter den amerikanischen Bürgern erregt worden seien. Der Präsident wendet sich sodann in einer schillernden Rede gegen die Unmenschlichkeiten des argentinischen Anarchisten, namentlich gegen die Grausamkeiten, die an den Reconstruktoren verübt worden, von denen 150000 an Hunger und Mangel gestorben seien.

Darauf führt die Politik aus: Es verbleibt die Alternative eines Zugriffs auf die Inseln zu der Verbindung des Pazifiks unter der Hand des Urpräsidenten und Neutralen, indem ein vernünftiger Kompromiß zwischen den Streitenden durchgesetzt wird, oder als offene Verbündeter der einen oder der anderen Partei. Der Präsident führt hierauf ausführlich die Gründe auseinander, welche ein Desinteresse der neutralen Staaten und somit die Gefahr der „Angriffe“ in sich bergen, welche das Vorgehen des Vorgesetzten Staaten mit unangenehmen Umständen erfüllt habe. Das Desinteresse der neutralen Staaten ist unangenehm, weil es die Bestätigung der Regierung bezeugt, habe sich einmündig dahin ausgesprochen, daß das Unrecht durch eine unterirdische Hilfe der Vorgesetzten Staaten nicht aufgehoben werden könne. Die Vorgesetzten Staaten sind infolge der Unmenschlichkeiten der spanischen Regierung und dem kubanischen Volk, wobei zu berücksichtigen ist, daß die soziale Gleichheit einer dauerhaften Regierung durchzuführen, welche die Ordnung aufrecht zu erhalten, die internationalen Beziehungen zu beobachten und Frieden und Sicherheit ihrer Bürger und der umliegenden zu gewährleisten. Die Politik bittet auch, der Präsident möge ermächtigt werden, die See- und Landverträge der Vereinigten Staaten zur Freigabe dieses Gebietes im Interesse der Menschlichkeit zu verwenden. Sodann verlangt die Politik die Bewilligung einer Unterstützung für die Kämpfer auf Kuba. Der Präsident schließt: „Das Ergebnis soll nunmehr in den Händen des Kongresses. Das ist eine feierliche Verantwortlichkeit. Ich habe alle Anstrengungen erschöpft, um diesen unüberwindlichen Zustand vor unseren Augen ein Ende zu setzen.“

Über die Stimmung, die im Kongress herrscht, giebt folgende Nachricht Aufschluß. Bei der Debatte über die Frage wegen der Bewilligung der Politik an den Ausfühler für auswärtige Angelegenheiten wurden im Berichtsentwurf die beiden Punkte, welche die Politik begehrt, in dem Bericht nicht, Spanien solle seine Sirettratschaft an Kuba zurückgeben, in welchem ferner die kubanische Republik anerkannt

und Mac Kinley erklart wird, den Inhalt des Beschlusses antrag zur Ausführung zu bringen.

Diejenigen Quantitäten, die da glauben, die Politik enthalte eine strikte Beschränkung zum Krieg, haben bitter enttäuscht worden. Sie sind fast außer sich vor Wut über die Tatsache, daß der Präsident sich entschieden gegen die Anerkennung der Republik Kuba als freisouveräner Staat gegen die Anerkennung der Unabhängigkeit der kubanischen Republik ausgesprochen hat. Die Kriegshetze sind unendlich gemacht und damit Ausschreitungen auf Frieden sehr verbessert. Die Kriegshetze sehen, daß Mac Kinley's Darstellung des künftigen Unterhandlungen und Bergierung nicht macht. Der vom Generalstab über die Lage auf Kuba erstattete Bericht veranschlagt die Zahl der von der Landbevölkerung in den kubanischen Provinzen am Hungertode Verstorbenen auf 200000. Der Bericht schildert die Lage der Bewohner der Insel in düsteren Farben und beschreibt verschiedene gräßliche Szenen. Er sollen in der Stadt Panama selbst etwa 400 sterbende Frauen und Kinder wie Tiere zusammengepackt mit bereits die hundert zusammen auf der Erde liegen, ohne daß auf Keintlichkeit die geringste Rücksicht genommen und ohne daß ihnen die geringste Hilfe gewährt werde. Sie sollten nicht einmal Wasser erhalten können.

In Hinblick auf die Stimmung eine recht trügerische. Die Nachrichten, daß die Regierung der Aufständischen auf Kuba einen Waffenstillstand gewährt habe, hat große Aufregung hervorgerufen. Es sind deshalb die Truppen in den Kolonien konzentriert. Am Montag fand ein Ratwahl statt, bei dem über hundert Personen verhaftet wurden. Sollten die Unruhen sich wiederholen, so wird der Besatzungszustand in der Kolonie verhängt werden.

Im Kriegsfalle haben die beiden Staaten folgende Verteilungsmittel zur Verfügung: Die spanische Flotte zählt, abgesehen von zwei alten Kreuzern aus den Jahren 1833 bis 1835 und einem kleinen Monitor, 1 Panzerkreuzer von 1893 (Sibola Colon) von 6840 Tonnengewicht, 1 Kreuzer von 1887 (Albatros), 4 Kreuzer von 1890 bis 1893. Die übrigen Kriegsschiffe sind zwei gepanzerte Die nordamerikanische Flotte zählt dagegen 6 Panzerkreuzer, 1 Kreuzer mit zusammen 55271 Tonnen, deren Alter nicht bekannt ist, ferner 2 gepanzerte Kreuzer aus den Jahren 1891 und 1895, 6 neue zweimächtige Panzerkreuzer von 1890 bis 1895, 13 alte einmächtige Panzerkreuzer (Monitors) von 1863 ferner 13 gepanzerte Kreuzer, 3 Stahlfregatten und ein gepanzertes Rammschiff.

Tagesgeschichte.

Preussische Landtagswahlen.

Die am Mittwoch, den 12. April, abgehaltene Wahlversammlung der Parteigenossen des Vorgesetzten Staaten in der Provinz Westpreußen über die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen, welche die Parteigenossen der sozialdemokratischen Partei an der Landtagswahl in genannter Provinz für durchaus möglich und notwendig hält, obwohl nur in den drei Städten des Kreises auf die Gewinnung sozialdemokratischer Wahlmänner zu rechnen ist. Die endgültige Entscheidung der Frage wurde bis auf den Reichstagswahltag in der Provinz. Voraussetzungen dieser Entscheidung sind unter anderem die Landtagswahlen in diesem Kreise der Sozialdemokratie die Entscheidung darüber in die Hand geben, ob die beiden Landtagsmandate den Konservativen zufließen oder wieder an die Freiwiljigen übergehen werden.

Der Lucasius kommt nicht.

Mit Bezug auf die Rücktrittsgebanten, die der Minister des Innern, v. d. Rade, haben soll, schreibt die Nordd. Allg. Ztg.: In der Presse werden neuerdings wiederum Gerüchte über angeblich bestehende Veränderungen in der Lage der einzelnen Minister verbreitet, wobei insbesondere die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten genannt werden. Wie sich in der Lage demgegenüber stellt, haben wir in der Zeitung nicht, noch von irgend einer Seite aus ins Auge gefaßt ist. Die Gerüchte sind daher in jeder Beziehung unbegründet. Dieses Gerücht wird über die Wahrheit nicht hinweghelfen, daß die Lage des Herrn v. d. Rade geistlich ist.

Authentische Interpretation des Großen Unfug-Paragrafen.

Die freisinnigen Abg. Wandel, Bach und Lemmann haben im Reichstags folgenden Änderungsantrag zur zweiten Beratung des von dem Abg. Prinz v. Ardenberg, Ordrer (Württemberg), Leiniger, Dr. Kintler, Dr. Spahn, Dr. Stephan eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs folgende Fassung zu geben: „Wer durch Erregung von Mord oder Mordversuch in der Sinne folgende Verbindung die öffentliche Ruhe stört.“ § 360 Nr. 11 der bestrittenen Großen Unfug-Paragrafen und lautet in seiner jetzigen Fassung: „Mit Gewalt oder mit 150 R. oder mit sonstiger Verhinderung: wer ungebührliche Weise unruhigenden Lärm erregt oder groben Unfug verübt.“

Ein Glückwunschtelegramm des Kaisers.

Ein Empfang der Nachricht von dem Siege der Engländer über die Derwische an Adara sandte der deutsche Kaiser ein Telegramm an den britischen Vorgesetzten in Berlin, worin er seiner Freude Ausdruck giebt und ersucht, seine Glückwünsche an Lord Salisbury und an General Kitchener zu übermitteln. Die Londoner Wälder bezifferten das Telegramm des Kaisers als eine „freundliche und huldvolle Kundgebung“.

Ueber das Telegramm an Dom Paul von 3. Januar 1898 nachten und schreiben sie anders. Am 6. Januar 1898 telegraphierte der Staatssekretär des Auswärtigen, Warshall, an den deutschen Vorgesetzten Grafen Jagdell in London: „Sie Franz Kaiserliche (der britische Vorgesetzte in Berlin), mit

dem ich heute über den Eindruck sprach, den das Telegramm Sr. Majestät an den Präsidenten Kruger auf die öffentliche Meinung im Auslande ausgeübt habe, bemerke ich u. a. doch ich gegen die Auffassung der englischen Presse Bemerkung einlegen möchte, wonach jenes Telegramm eine Feindseligkeit gegen England und einen Eingriff in englische Rechte enthalten solle. Eine Feindseligkeit gegen England könne unmöglich darin gefunden werden, daß der deutsche Kaiser das Oberhaupt eines befürdeten Staates zum Siege über bewaffnete Scharen beglückwünsche, die in sein Land völkerrechtswidrig eingedrungen... seien.

Benanntlich hieß es in dem Kaisertelegramm: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch darüber aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe beschränkter Mächte zu appellieren, gelungen ist, in eigener Kraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebracht sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

Das kommt davon. Der bekannte frühere national-liberale Reichstagsabgeordnete Landgerichtsrat Kullmann hat sich mit einer Beschwerde wegen verweigerten Urlaubs an den Braunschweiger Landtag gewandt. Als K. im Mai v. J. zum Besuche des evangelisch-lutherischen Kongresses Urlaub nachsuchte, wurde ihm vom Ministerium erwidert, daß ihm der Urlaub nur für dieses Mal aus dem Grunde erteilt werde, weil er ihm bereits vom Landgerichtspräsidenten in Aussicht gestellt ist, daß ihm aber künftig für politische und soziale Zwecke Urlaub nicht erteilt werden. Landgerichtsrat K. wurde gegen diese Verfügung beim Gesamtministerium vorstellend, wurde aber abschlägig beschieden. K. stellt nun beim Landtag den Antrag, auf eine Aufhebung der Verfügung des Ministeriums hinzuwirken. In der Begründung jenes Antrages teilt K. mit, daß der Justizminister sich ihm gegenüber dahin geäußert habe, daß Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten mit der Stellung eines Richters aus dem Grunde nicht vereinbar sei, weil dadurch die Befangenheit und Unparteilichkeit des Richters entweder thatsächlich oder wenigstens nach der Auffassung mancher Personen gefährdet werde. (1) Hiergegen wendet sich Herr K. mit Recht und führt aus, wenn diese Ansicht richtig ist, müsse man den Richtern wie allen Beamten jede Beschäftigung mit Politik überhaupt verbieten, was aber mit den Bestimmungen der Landes- und Reichsverfassung unvereinbar sei. — Der Landtag ist inzwischen verlagert worden und die Sache wird erst Mitte Mai zur Verhandlung kommen.

Der antiokelektivistische Bauernschädel.

Am dem bekanntlich die Sozialdemokratie gerichtlich soll, macht mir ein Genosse immer mehr Sorge, denn es zeigt sich, daß er nicht gegen die sozialistischen Ideen gefaßt ist. Das hat auch ein Veranlassung bewiesen, welche am vergangenen Sonntag im Wacke Holz, mitten im Fiebergebiete, stattfand. Von weit her waren sie herbeigekommen die Bauern aus den Bergen, an die 1000 Mann stark, um den Worten unseres Genossen B. v. L. zu lauschen, der in der Sprache jener Leute die herrschenden Zustände in Bayern und in Reich sehr kritisiert, wobei ihn die Veranlassung mit stürmischen Beifall und Hochrufen dankte. Interessant war es, die Urteile mancher Veranlassungsteilnehmer über die Sozialisten zu hören. So meinte einer, die die andern um Kopf-lassen übertrage: „Recht hätten's sich, d' Soj, aba d' Leut' san halt no a Bisl gar dumm“, und die andern stimmten ihm zu. Als es hieß, der Kaiser von Preußen habe sich zur Veranlassung angemeldet, meinte eines seiner Parteigenossen wenig respektvoll: „Ja, was möcht' denn der do, der soll do dasam bleibn, denn der klamiert si ja do bloß und uns hamt“, und die andern erklärten sich mit seiner Meinung einverstanden. Und als der würdige Herr nach Schluß der Veranlassung eintraf, wurde er mit Geschick empfangen und so wieder ab. Diese große Veranlassung, schreibt die W. Post, ist wieder ein neuer Beweis, daß auch im bairischen Hochlande die sozialdemokratische Saat nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen ist, sondern bereits Wurzel gefaßt und gute Keime getrieben hat. Das Verhändnis der Schirgshausener für unsere Ideen bezeugt allmählich zu reifen. Die Saat zur völligen Reife zu bringen, bedarf es ja wohl noch viel aufstrebender und mühevoller Arbeit, aber der Tag scheint nicht mehr allzu fern, an dem der erste sozialdemokratische Vertreter unserer Oberländer seinen Einzug im Reichstag halten wird.

Strengste Verfassung des Kontraktbruchs ist

das Ziel aus innigste zu wünschen für die Deutsche Tageszeitung. Sie sammelt auf gründliche Material für eine solche Forderung und hat nun endlich schon einen zweiten Fall ergebnisloser Verfolgung eines kontraktbrüchigen Arbeiters festgestellt, über kontraktbrüchige Unternehmern schreibe sich das Parteiparlat aus. Seinen letzten Scherenschnitt schließt das Organ der W. Post, daß und Konjunktur mit dem Aufste: „Das sind Segnungen, die dem neunzehnten Jahrhundert vorbehalten sind.“

31 die richtige Reform nach Ansicht dieser Parteien wäre die

